

Berner Mahnwache für einen gerechten Frieden in Israel / Palästina



Nächste
Mahnwache:
10. Dezember
2021



Karikatur
des sog.
„Handala“
palästinensisches
Flüchtlingskind
(Nakba, 1948)
Cartoonist:
Nadji al-Ali

Wir stehen hier

- für einen gerechten Frieden zwischen der israelischen und den palästinensischen Gesellschaft
- für ein Leben in Sicherheit und Würde in beiden Gesellschaften
- für ein Ende der Besatzung, der Hauszerstörungen, für die Aufhebung der völkerrechts-widrigen Mauer in den palästinensischen Gebieten
- für ein Recht auf Rückkehr der Palästina-Flüchtlinge
- für die Einstellung der Militär- und Rüstungszusammenarbeit der Schweiz mit Israel und allen anderen Staaten im Nahen Osten
- für ein Ende der Blockade des Gaza-Streifens

Freitag 12. November 2021, 12.30-13.15 Uhr,
Bahnhofplatz / Heiliggeist-Kirche Bern

Erneuter Angriff auf die palästinensische Zivilgesellschaft

Lesen sie weiter auf der Rückseite >>>

Die erste Mahnwache fand am 7. November 1997, also vor mehr als 20 Jahren, vor der israelischen Botschaft statt. Seither stehen Menschen vor der Offenen Heiliggeistkirche in Bern an jedem 2. Freitag im Monat von 12.30 bis 13.15 Uhr für einen gerechten Frieden in Israel/ Palästina. Danach gibt es jeweils aktuelle Informationen in der Kirche.

Veranstaltungen und Hinweise

Freitag 26. November 2021, 19.00 Uhr
Casa d'Italia, Bühlstrasse 57, Bern

Lesung mit der palästinensischen Friedensaktivistin und Autorin Sumaya Farhat Naser

26.11.-3.12.2021
Filmfestival in Genf

Palestine – Filmer c'est exister

Info zum Programm: <https://palestine-fce.ch/>

Dienstag, 7. Dezember 2021, 19.15 Uhr
Kirchgemeindehaus Pauluskirche, Bern

Vortrag von Combatants for Peace

Organisiert durch: Ina outra senda - Swiss Friends of
Combatants for Peace

Info zu CfP: <https://cfpeace.org>

Regelmässige Hinweise/Links:

Berner Mahnwache -> www.nahostinfo.ch

Netzwerk -> www.swiss-palestine-network.ch



Die vom Angriff betroffenen Organisationen sind:

**>Addameer Prisoner Support and Human Rights Association,
>Al-Haq,
>Bisan Center for Research and Development,
>Defense for Children International-Palestine,
>Union of Agricultural Work Committees,
>Union of Palestinian Women's Committees.**

*>Addameer unterstützt palästinensische politische Gefangene und deren Familien. >Al-Haq dokumentiert seit Jahrzehnten Menschenrechtsverletzungen durch das israelische Regime. >Das Bisan Center for Research and Development trägt zur Bildung einer effektiven palästinensischen Zivilgesellschaft bei >Defense for Children International-Palestine kümmert sich um von Israel inhaftierte palästinensische Kinder. >Die Union of Agricultural Work Committees bietet Unterstützung für palästinensische Landwirt*innen, die etwa von Landenteignung betroffen sind. >Die Union of Palestinian Women's Committees will palästinensische Frauen ermächtigen und kämpft für Gleichstellung und gegen die Besatzung.*

Für weitere Infos und Solidaritätsaktionen:

#standwiththesix

Israels Klassifizierung von sechs palästinensischen NGOs als «terroristische Organisationen» ist ein erneuter Versuch, Menschenrechtsarbeit zu kriminalisieren

Am 22. Oktober hat das israelische Verteidigungsministerium einen Militärbefehl erlassen, in dem sechs palästinensische NGOs (siehe links) als «terroristische Organisationen» eingestuft werden. Verteidigungsminister Benny Ganz beruft sich auf die Anti-Terror-Gesetzgebung von 2016 und beschuldigt die sechs Organisationen, ein Arm der PFLP (Popular Front for the Liberation of Palestine) zu sein und finanzielle Mittel für Aktivitäten der PFLP benutzt zu haben. Er präsentiert für diese Anschuldigen jedoch keine Beweise oder näheren Informationen, und sie wurden auch nicht in einem öffentlichen Verfahren überprüft.

Die Einstufung als «Terrororganisation» kriminalisiert die Arbeit der sechs Organisationen. Das Anti-Terror-Gesetz sieht für «Terrororganisationen» vor, dass ihre Mitarbeiter*innen verhaftet werden und zu Haftstrafen zwischen fünf und 25 Jahren verurteilt werden können, Vermögenswerte beschlagnahmt und Büros geschlossen werden können und die finanzielle oder öffentliche Unterstützung der Organisationen verboten werden kann. Letzteres könnte dazu führen, dass Finanzierungspartner*innen davor zurückschrecken mit den Organisationen weiter zusammenzuarbeiten.

International wurde diese Entwicklung bereits verurteilt, von Vertreter*innen der Zivilgesellschaft und der UNO zum Beispiel. UNO Hochkommissarin für Menschenrechte, Michelle Bachelet, sagte: *«Das Einfordern von Rechten vor den Vereinten Nationen oder anderen internationalen Gremien ist kein terroristischer Akt, das Eintreten für die Rechte der Frauen in den besetzten palästinensischen Gebieten ist kein Terrorismus, und die Gewährung von Rechtshilfe für inhaftierte Palästinenser ist kein Terrorismus».*

Klar ist: es ist der jüngste Versuch, die palästinensische Zivilgesellschaft zu kriminalisieren. Er kommt zwar plötzlich, aber nicht unerwartet. Die Klassifizierung ist Teil einer Kampagne, Menschenrechtsarbeit zu diffamieren und zu verunmöglichen und zivilgesellschaftliche Handlungsspielräume immer weiter einzuschränken.

Es braucht eine deutliche Verurteilung der Einstufung als «Terrororganisationen» durch die internationale Gemeinschaft, und die Forderung, die Designation und die Anti-Terror-Gesetzgebung von 2016 rückgängig zu machen. Die internationale Gemeinschaft muss sich hinter die sechs Organisationen und die palästinensische Zivilgesellschaft stellen.